

ORDNUNGSPOLITIK

Koalitionsvertrag 2013: Gefahr für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit!

Am 25. November 2013 diskutierten Karen Horn, Sarah Schniewindt und Justus Haucap über die Perspektiven der Wirtschaftspolitik nach der Bundestagswahl 2013. Der nun vorliegende Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD bleibt deutlich hinter dem zurück, was angesichts der aktuellen Herausforderungen wirtschaftspolitisch notwendig wäre: Bei der Energiewende setzt die kommende Bundesregierung nach wie vor zu wenig auf die kostendämpfende Wirkung von Markt und Wettbewerb. Die geplanten Rentenmaßnahmen wie die Mütterrente und die Lebensleistungsrente gefährden die nachhaltige Finanzierung der Rentenversicherung und damit ihre Demografiefestigkeit. Die



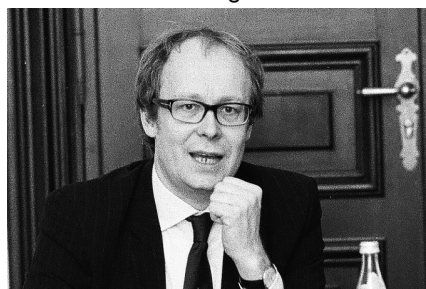
Schniewindt: „Die lange sozial- und arbeitsmarktpolitische „Wünsch-dir-was-Liste“ der Koalitionäre wird das Wachstum in Deutschland hemmen“

Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro bedroht Arbeitsplätze vor allem in Ostdeutschland. Zudem hat die Koalition beschlossen, die Reformen der Agenda 2010, die entscheidend zur aktuellen Wirtschaftskraft Deutschlands beigetragen haben, an vielen Stellen zurück zu drehen. Insgesamt sind das keine guten Aussichten für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit.

„Die lange sozial- und arbeitsmarktpolitische „Wünsch-dir-was-Liste“ der Koalitionäre wird das Wachstum in Deutschland hemmen, da die Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen belasten“, warnt Sarah Schniewindt, Geschäftsführerin der Schniewindt GmbH & Co. KG. „Einige Betriebe denken daher

bereits über Produktionsverlagerungen ins Ausland nach oder darüber, Neuinvestitionen nicht mehr in Deutschland zu tätigen. Das ist ein schleicher Prozess, der zunächst kaum erkennbar ist“, so Schniewindt. Bereits im Wahlkampf habe sich abgezeichnet, dass die Politik die Erfolge der letzten Jahre zurückdreht. „Einen konsistenten Gegenentwurf, der insbesondere auch die Kosten und die Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand aufzeigt, hat es nicht gegeben“, so Karen Horn, Geschäftsführerin der Wert der Freiheit gGmbH. „Die angeblich sozialpolitischen Maßnahmen sind allesamt kurzfristig, denn auf längere Sicht werden die Mittel zu deren Finanzierung fehlen“, so Horn weiter.

Justus Haucap, Direktor des Düsseldorf Instituts für Wettbewerbsökonomie und Präsident von ECONWATCH) betont, dass die große Koalition mit ihrer überwältigenden Mehrheit im Bundestag eigentlich über gute Voraussetzungen verfüge, wichtige Reformen umzusetzen. „Allerdings ist aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage der Anpassungsdruck nicht groß genug. Statt struktureller Reformen im Steuersystem, auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen werden lediglich Maßnahmen umgesetzt, die das Wirtschaftswachstum gefährden“, so Haucap. Insbesondere in der Energiepolitik vergebe die Regierung wichtige Chancen. „Die Koalitionspartner haben nicht den Mut aufgebracht, die Förderung der erneuerbaren



Haucap: „Die Fehler, die bei der Solarförderung gemacht wurden, werden wiederholt“

Energien radikal umzustellen. Für eine kostengünstige Energieversorgung ist ein marktbasierendes und technologieneutrales Fördersystem notwendig. Stattdessen droht nun bei der Offshore-Windenergie wiederum eine massive Überförderung. Die Fehler, die bei der Solarförderung gemacht wurden, werden wiederholt“, sagt Haucap.

Karen Horn weist darauf hin, dass die von der großen Koalition zu erwartende Politik die Freiheit und den Wohlstand für alle Bürger beschneiden werde. Ein Großteil der vorgesehenen Maßnahmen werde sich

negativ auf die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auswirken, auch wenn nicht alle Maßnahmen unmittelbar mit Kosten verbunden seien. „Mit den Reformrückschritten droht Deutschland auch, seine Benchmark-Funktion in Europa zu verlieren. Wer selbst keine Reformen durchsetzt, kann dies auch schlecht von anderen fordern. Der Weg aus der europäischen Staatsschuldenkrise dürfte damit noch schwieriger werden“, so Karen Horn.



Horn: „Die angeblich sozialpolitischen Maßnahmen sind allesamt kurzfristig“

Trotz vielfältiger Mahnungen aus Wissenschaft und Medien haben die Koalitionäre erreichte Reformen zurück gedreht – etwa bei der Rente mit 67 und der nun wieder vollständig einkommensabhängigen Beiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung – und neue, potenziell schädliche Maßnahmen beschlossen, wie z. B. den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Ob die Auswirkungen dieser rückwärtsgewandten Politik tatsächlich den Präferenzen der Wähler entsprechen, ist offen. Justus Haucap betont, dass eine wirksame, wissenschaftlich fundierte öffentliche Diskussion über Politikmaßnahmen und deren Konsequenzen vielfach zu wenig stattfindet und der Informationsstand der Bürger über konkrete Vorhaben durch mehr direkte Demokratie verbessert werden könnte. Allerdings sucht man Aussagen zur Einführung direktdemokratischer Elemente auf Bundesebene – trotz zwischenzeitlicher Überlegungen – im Koalitionsvertrag vergebens.

Dieser Policy Brief entstand auf Grundlage des ECONWATCH-Panels „Mehr Staat – weniger Wohlstand? Perspektiven der Wirtschaftspolitik nach der Bundestagswahl 2013“ mit Prof. Dr. Justus Haucap, Dr. Karen Horn und Dr. Sarah Schniewindt unter der Moderation von Dr. Matthias Benz (Neue Zürcher Zeitung) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

Impressum

ECONWATCH
Gesellschaft für Politikanalyse e.V.
Poststraße 12
10178 Berlin

Helfen Sie mit!

Um den ECONWATCH-Policy Brief anbieten zu können, in dem Sie verständliche und wissenschaftlich fundierte Informationen über wirtschaftspolitische Zusammenhänge und Reformmöglichkeiten erhalten, ist ECONWATCH als gemeinnützige und unabhängige Organisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Informationen hierzu erhalten Sie auf www.econwatch.org